

***CDU-Politik stärkt Aufschwung
und Beschäftigung in Deutschland.***

***SPD-Pläne bedrohen Unternehmen,
Beschäftigte und Familien.***

Die Mitte

CDU



CDU-Politik stärkt Aufschwung und Beschäftigung in Deutschland.

SPD-Pläne bedrohen Unternehmen, Beschäftigte und Familien.

Deutschland geht es gut. In einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld erreicht die deutsche Wirtschaft stetiges Wachstum und meldet immer neue Beschäftigungsrekorde. Der CDU-geführten Bundesregierung gelingt es, die Neuaufnahme von Schulden deutlich zu verringern. Dennoch konnten die Menschen von Steuerentlastungen und Beitragssenkungen profitieren. Gleichzeitig konnte Geld für die Zukunftsbereiche, wie Bildung und Forschung, zur Verfügung gestellt werden.

Die SPD gefährdet mit ihren Plänen für höhere Steuern und Beiträge die erreichten Erfolge in Deutschland. Ihr Programm ist eine Bedrohung für den Mittelstand, für seine Beschäftigten und für Familien in Deutschland. Allein die Zusatzbelastungen im Steuer- und Sozialbereich würden sich im Laufe der nächsten 15 Jahre auf weit über 100 Milliarden Euro jährlich summieren. Dies wäre eine schwere finanzielle Last für die Wirtschaft, den Mittelstand und die Menschen.

Die SPD sollte erkennen, dass es vor allem gute Rahmenbedingungen sind, die eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung fördern und so zu fairen Chancen für alle führen können. Gemeinsam mit den Grünen haben sich die Sozialdemokraten zwischen 1998 und 2005 als größter „Sozialer Spaltpilz“ in Deutschland erwiesen.

Einige Beispiele:

Während die Union regiert, entstehen gute Arbeitsplätze.

Unter Rot-Grün gingen viele Stellen verloren.

- Die Zahl der sogenannten „Normalarbeitsverhältnisse“ (Vollzeit, unbefristet und sozialversicherungspflichtig) ist mit einem Plus von 1,6 Millionen seit 2005 deutlich stärker angestiegen als die der sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse mit einem Plus von 1,2 Millionen. Der unter Rot-Grün eingetreten Verlust bei den sogenannten „guten Arbeitsplätzen“ konnte so wieder ausgeglichen werden.¹

¹ <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Arbeitskraefteerhebung/Tabellen/AtypischeBeschaeftigungZeit.html>

- Auch der Anteil derjenigen, die aus einer Befristung in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden, stieg von unter 40 Prozent im Jahr 2005 auf fast 60 Prozent im Jahr 2011.²

In der Regierungszeit der CDU nehmen die Einkommensunterschiede ab.

Mit Rot-Grün ging die Schere auseinander.

- Die Einkommensunterschiede sind heute insbesondere dank der steigenden Zahl der Erwerbstätigen geringer als 2005. Bis dahin waren sie unter Rot-Grün rasant gestiegen.³

Der Blick auf die einzelnen Einkommensgruppen macht dies deutlich. Eine Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt Ende des Jahres 2012:

- ⇒ Unter der CDU stiegen die niedrigen Einkommen von Beginn der Studie 1993 bis 1998 stärker als die mittleren. Die hohen Einkommen blieben weitgehend gleich.
 - ⇒ Unter Rot-Grün sanken bis 2004 die niedrigen Einkommen, mittlere stiegen nur leicht und die hohen Einkommen nahmen rasant zu.
 - ⇒ Danach stiegen bis 2009 die Einkommen in allen drei Einkommensklassen in etwa gleich stark.
- Das Armutsrisiko in Deutschland liegt weiterhin unter dem Europäischen Durchschnitt. Besonders stark stieg das Armutsrisiko unter Rot-Grün von 1998 bis 2005 – um etwa 40 Prozent von 10,4 auf knapp 15 Prozent.⁴

² http://doku.iab.de/aktuell/2012/Befristete_Beschaeftigung_Uebernahme.pdf

³ http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.410475.de/12-43-1.pdf

⁴ http://www.kas.de/wf/doc/kas_33016-544-1-30.pdf?121213140212

Mit der CDU wird Deutschland gerechter.

Bei Rot-Grün wurden die Reichen reicher.

- Laut einer Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung sind von 2000 bis 2006 – also überwiegend in der Regierungszeit von Rot-Grün – die Gewinn- und Vermögenseinkommen in Deutschland um 50 Prozent gestiegen – die Arbeitnehmerentgelte dagegen um weniger als fünf Prozent. In den folgenden sechs Jahren bis 2012 blieben die Gewinn- und Vermögenseinkommen konstant – die Arbeitnehmerentgelte aber stiegen um insgesamt etwa 20 Prozent.⁵
- Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln hat darüber hinaus auch die Verteilung der Vermögenseinkommen betrachtet.
 - ⇒ Danach ist der Anteil der reichsten zehn Prozent an den gesamten Vermögenseinkommen und Gewinnen von 2000 bis 2005 um mehr als 31 Prozent angestiegen. Seit 2005 ist er bis 2010 um mehr als 17 Prozent gefallen.
 - ⇒ Die Anteile der unteren Hälfte am Vermögenseinkommen sind hingegen von 2000 bis 2005 um rund 22 Prozent gefallen und seither bis 2010 um 34 Prozent gestiegen.
 - ⇒ Die dazwischenliegende Mittelschicht hatte von 2000 bis 2005 etwa 18 Prozent am Anteil verloren. Seit 2005 hat sie wieder um knapp elf Prozent aufstocken können.⁶
- Eine Studie des IW Köln zeigt, dass sich die Gerechtigkeit bei uns im internationalen Vergleich seit 2005 in fast allen Kategorien erheblich verbessert hat, während Deutschland vor 2005 stark zurückgefallen war.
 - ⇒ Im Gesamt-Gerechtigkeits-Index war Deutschland unter 28 Staaten von Rang elf im Jahr 2000 bis 2005 auf Rang 19 zurückgefallen.
 - ⇒ Die CDU-geführte Regierung hat erreicht, dass Deutschland heute auf dem achten Platz liegt.
 - ⇒ Besonders deutlich spiegeln sich diese Veränderungen bei der Bedarfs-Gerechtigkeit (von Rang sechs in 2000 über Rang 12 in 2005 auf Rang sechs in 2012), der Chancen-Gerechtigkeit (Ränge 18; 24; 14), der Einkommensgerechtigkeit (Ränge 16; 19; 14) und der Generationen-Gerechtigkeit (Ränge 13; 17; 9) wieder.⁷

Stand: 26. April 2013

⁵ http://www.boeckler.de/hbs_showpicture.htm?id=42151&chunk=1

⁶ IW Koeln; Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 31. März 2013, Seite 26 f.

⁷ http://www.etracker.de/lnkcnt.php?et=IKbSM9&url=http%3A%2F%2Fwww.iwkoeln.de%2F_storage%2Fasset%2F106410%2Fstorage%2Fmaster%2Ffile%2F2591468%2Fdownload%2FInternationaler%2BGerechtigkeitsmonitor%2B2013.pdf&lnkname=Internationaler%20Gerechtigkeitsmonitor%202013.pdf